

Newsletter der SPD-Fraktion

in der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel

Liebe interessierte Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

mit dem Newsletter wollen wir die Parteimitglieder, aber auch die gesamte interessierte Öffentlichkeit einmal monatlich über die Themen der SPD-Fraktion informieren. In der Regel am Tag nach der Sitzung der Stadtverordneten wollen wir so kurz erläutern, wie wir uns positioniert haben und mit welchen Vorhaben wir uns befassen. Wir senden diese Informationen an alle, die bereits im Email-Verteiler der SPD registriert sind.

Wir freuen uns aber über jeden weiteren Interessenten. Und wir freuen uns über jede neue Anregung, um unser Informationsnetz weiter zu verbessern oder auch um neue Themen aufzugreifen. Wir wünschen allen viel Spaß an der Stadtpolitik und viele neue Erkenntnisse!



Ihr /Euer

Ralf Holzschuher

Ralf Holzschuher

Tiemann wechselt Führung – der Stil bleibt gleich

Die SVV-Sitzungen wären oft noch schwerer erträglich, wenn es nicht immer wieder auch Überraschungen gäbe. So auch gestern:

Schon vor der Sitzung hatte sich die Nachricht verbreitet, dass Sozialbeigeordnete Birgit Hübner unerwartet vier Monate vor dem regulären Ende ihrer Amtszeit Ende August ausscheidet. Sie hat offenbar eine neue Stelle außerhalb von Brandenburg.

Dass Tiemann daraufhin die Verwaltungsstruktur ändern musste, war klar. Unerwartet aber war die Art und Schnelligkeit der Entscheidung. Über Nacht wurde die schon jahrelang diskutierte Fachbereichsstruktur eingeführt. Selbst die Amtsleiter erfuhren erst gestern von diesem Plan. Selbstverständlich waren auch die politischen Gremien nicht vorher einbezogen oder auch nur informiert worden. Tiemann mag dies als Führungsstärke ansehen. Aber eine moderne Verwaltung führt man nicht nur durch autoritäre Anordnungen. Unsere Stadt braucht hochmotivierte Mitarbeiter, die ihre Fähigkeiten in den Dienst für den Bürger einbringen,

keine Befehlsempfänger. Dass eine so zentrale Entscheidung getroffen wird, ohne zumindest mit allen leitenden Kräften der Verwaltung diskutiert zu haben, offenbart eher die Angst vor der Offenheit. Wir werden uns zur nächsten Stadtverordnetenversammlung ausführlich über die konkreten Auswirkungen, auch hinsichtlich finanzieller Auswirkungen, berichten lassen.

Eine weitere für uns eher unerfreuliche Überraschung gab es beim Thema „Museumshalbinsel“. Obwohl zuvor mit den Linken abgesprochen worden war, dass diese unserem Antrag zustimmen – wir hatten deshalb noch eine von dort gewünschte Ergänzung vorgenommen – folgten dann mehrere linke Stadtverordnete einem CDU-Änderungsantrag, der viel unkonkreter ist. (siehe den Bericht unten) Wir werden unsere Vorstellungen dennoch weiter verfolgen.

Norbert Langerwisch

Unberechtigte Kritik an Dr. Lieselotte Martius zurückgewiesen

Der CDU Fraktionsvorsitzende Walter Paaschen kann es nicht lassen.

Immer wieder vergiften Repräsentanten der CDU der Stadt Brandenburg an der Havel das Klima in der Stadtverordnetenversammlung.

In der Stadtverordnetenversammlung im August 2010 legte der CDU Fraktionsvorsitzende Walter Paaschen einen Beschlussantrag vor, der durchaus als ein Maulkorb für die Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Lieselotte Martius gesehen werden kann.

So forderte er zu beschließen, dass Lieselotte Martius in jeder Stadtverordnetenversammlung unaufgefordert in einem eigenen Tagesordnungspunkt über die Umsetzung von Beschlüssen berichtet, die zu einer Beauftragung der Vorsitzenden geführt haben.

Er verlangte, dass die Vorsitzende der SVV unaufgefordert Unterlagen, die sie von Dritten in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende erhält, der SVV zur Verfügung stellt und er forderte ein neutrales Verhalten der Vorsitzenden der SVV, die von eigenen Wertungen abzusehen hat und vor öffentlichen Äußerungen die Auffassung der Stadtverordnetenversammlung einzuholen hat.

Die vom CDU Fraktionsvorsitzenden Paaschen geäußerte Kritik an der Arbeit von Dr. Lieselotte Martius entbehrt jeder Grundlage.

Die von ihm gestellten Forderungen sind teilweise eine Selbstverständlichkeit und in der Kommunalverfassung geregelt bzw. gehören in die Geschäftsordnung der SVV, welche gerade überarbeitet wird.

Dieser wenig hilfreiche Antrag der CDU-Fraktion wurde von der Mehrheit der Stadtverordneten abgewiesen. Dem Antrag des CDU-Fraktionsvorsitzenden Paaschen sind nicht einmal alle Mitglieder der CDU-Fraktion gefolgt. Lediglich 9 CDU-Stadtverordnete stimmten für diesen Antrag. Dr. Lieselotte Martius, die während der Zeit der Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt ihre Tätigkeit als Stadtverordnetenvorsteherin ruhen gelassen hatte nahm ihre Tätigkeit wieder auf.

Während der Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt führte Gunter Fritsch souverän die Stadtverordnetenversammlung und konnte feststellen, dass es im Landtag mitunter leichter ist eine Sitzung zu leiten.

Ralf Holzschuher

Antrag zur „Museumshalbinsel“ verwässert

Auf Antrag unserer Fraktion soll geprüft werden, ob Brandenburg a.d.H. eine „Museumshalbinsel“ bekommt. Das Gelände neben dem alten Straßenbahndepot an der Bauhofstraße könnte möglicherweise die neue Heimat der Stadtmuseen werden.

Ausgangspunkt des Vorschlages war ein Bericht des Brandenburgischen Museumsverbandes vom Frühjahr dieses Jahres. Der Verband schlug vor, neben den im Frey-Haus gezeigten Themen insbesondere die Industrie- und Stadtgeschichte des 19./20. Jahrhunderts anders zu präsentieren. Das Frey-Haus sei zu klein und für eine würdige Präsentation aller bedeutenden Aspekte ungeeignet. Hierfür war vom Verband vorgeschlagen worden, das Packhofgelände zum zentralen Museumsstandort umzugestalten. Leider war da der Packhof schon an die Stadtwerke verkauft.

In der SPD-Arbeitsgruppe Stadtentwicklung war die Idee entwickelt worden, das Konzept doch noch umzusetzen und dafür vorrangig das alte Elektrizitätswerk neben dem Straßenbahndepot an der Bauhofstraße zu nutzen. Wir sind überzeugt, dass die herausragende Bedeutung von Brandenburg an der Havel für die Landesgeschichte ein anderes Museum verdient hat.

Leider hat sich die SVV gestern nur zu einem von der CDU vorgeschlagenen verwässerten Änderungsantrag durchringen können. Für den Bereich Bauhofstraße werden nun auch andere Nutzungen geprüft, die Museumsstandorte Frey-Haus, Gotisches Haus und Industriemuseum werden geprüft und auch die Johanniskirche mit einbezogen werden.

Möglich wurde dies, weil mehrere Stadtverordnete der Linken – entgegen vorheriger Absprachen – den CDU-Änderungsantrag mit unterstützten.

Zwar ist damit die Idee „Museumshalbinsel“ nicht aus der Welt, doch droht jetzt ein so beliebiger und allgemeiner Bericht der Verwaltung, dass damit kein Konzept umgesetzt werden könnte.

Wir werden unseren Plan deswegen nicht aufgeben, brauchen aber wohl einen etwas längeren Atem.

Norbert Langerwisch

Erhöhung des Entgeltes für die Sauna zur Erweiterung der Saunlandschaft ab 2012

In der 7. Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2010 hat die SPD Fraktion einer Erhöhung der Eintrittspreise für die Sauna nach einer Diskussion auch in den eigenen Reihen zugestimmt.

Die Sauna im Marienbad in Brandenburg an der Havel erfreut sich regen Zuspruchs.

Kundenzufriedenheitsanalysen, Besucherumfragen und die Auswertung so genannter Meinungskarten zeigen nach Angaben der Verantwortlichen des Marienbades deutlich, dass in den Saunaangeboten/Saunakapazitäten ein Handlungsbedarf besteht, wenn das Marienbad perspektivisch keine Gäste verlieren will.

Es wurde daher vorgeschlagen 2012 mit einem Umbau zu beginnen, der 2013 beendet wird und folgende Bereiche umfasst:

- Neubau eines Ruhehauses mit angeschlossenem Kaminzimmer

- Neugestaltung der Außenwege u. a. beheizte Wege sowie Schaffung einer Fläche für Die Außengastronomie der Sauna inklusive Erweiterung des Sichtschutzes der Sauna in Richtung Straßenseite
- Umbau eines alten Ruheraumes zu einer finnischen Sauna

Die Kosten dafür sind geplant mit 282.800 Euro Netto.

Die durch die Entgelterhöhung erzielten Mehreinnahmen werden ausschließlich für die Erweiterung des Saunabereiches genutzt.

Kurz informiert

„Fraktion vor Ort“ zum Thema „Polizeireform“ am 13. September

Am 13. September um 18.00 Uhr findet die nächste „Fraktion vor Ort“ im „Philipp Müller“ statt.

Interessierte Bürger sind eingeladen, mit dem Innenminister Rainer Speer über die Reform der Polizei und deren Auswirkungen auf Brandenburg an der Havel zu diskutieren.